

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 12 – Finanzielle Situation des Landes
Schleswig-Holstein

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 293.11 / 25.05.2011

Landesregierung muss notwendige Reformen anpacken

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,
es war absehbar, dass der Stabilitätsrat Schleswig-Holstein eine drohende Haushaltsnotlage bescheinigt. Und es ist absehbar, dass unser Land in den nächsten Jahren erhebliche Probleme haben wird, die Schuldenbremse umzusetzen. Deshalb hat meine Fraktion die Große Anfrage zur finanziellen Lage des Landes gestellt. Wir wollten wissen, welche gewichtigen Einnahme- und Ausgabeblöcke aus Sicht der Landesregierung vorhanden sind, um den vorgeschriebenen Konsolidierungspfad einzuhalten.

Außerdem sollte die Große Anfrage für die Menschen im Land Licht ins Dunkle der Finanzplanung der Landesregierung bringen. Diese Chance hat die Landesregierung nicht genutzt. Finanzminister Wiegard hat mit seinen Antworten gezeigt, dass er selbst im Dunkeln tappt und dass scheinbar niemand in der Regierung weiß, wo der Lichtschalter ist.

Es gibt weder einen Plan für relevante Einnahmesteigerungen noch für spürbare Ausgabekürzungen. Dabei ist es erschreckend, welchen niedrigen Stellenwert Herr Wiegard der Einnahmesituation beimisst. So hatten wir gefragt, ob die Landesregierung eine Bundesratsinitiative plant, um die Reduzierung der Umsatzsteuer für Hotelübernachtungen rückgängig zu machen. Die Antwort der Landesregierung lautet: „Bisher liegen keine Erkenntnisse vor, die die Rücknahme der Maßnahme geboten erscheinen lassen“.

Meine Damen und Herren, wer so lax auf zwölf Millionen Euro jährlich verzichtet, der muss sich nicht wundern, wenn Vereine und Verbände, Blinde und Verbraucherzentralen, LehrerInnen und SchülerInnen kein Verständnis für die Finanzpolitik dieser schwarz-gelben Landesregierung haben. Herr Minister Wiegard, von Ihren in den Medien vermarkteten steuerpolitischen Konzepten kann sich unser Land nichts kaufen, setzen Sie sich endlich in Berlin für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein, für eine Erbschaftsteuerreform und für eine Finanztransaktionssteuer.

Meine Damen und Herren, wer wie die Landesregierung, keine Initiativen zur Einnahmeverbesserung des Landes ergreift, der müsste zumindest Einsparvorschläge in der Tasche haben. Auch hier: Fehlanzeige.

Bei all unseren Fragen, welche weiteren Einsparungen die einzelnen Ressorts leisten könnten, versteckt sich die Landesregierung hinter der Floskel, dass diese Antwort mit dem nächsten Doppelhaushalt kommt. Wahrscheinlich hoffen die schwarz-gelben Fraktionen insgeheim, dass sie diese Antworten nicht mehr geben müssen. Meine Damen und Herren, formal hat die Landesregierung natürlich recht.

Aber darum geht es doch gar nicht. Es geht darum, die Haushaltspolitik von der Mystik des Geheimwissens zu befreien, Bürger in einen aktiven und transparenten Diskussionsprozess einzubinden. Nichts ist frustrierender, als die angebliche Alternativlosigkeit. Nichts ist abschreckender als eine Haushaltsstrukturkommission, die im stillen Kämmerlein die Schließung einer Universität ausbrütet und eine ganze Region in Angst und Schrecken versetzt.

Die Grüne Fraktion zieht aus der Antwort der Landesregierung folgendes Fazit:

1. Ohne eine deutliche Verbesserung der Einnahmen kann unser Land die Schuldenbremse nicht umsetzen: Bundesratsinitiativen sind überfällig. Es ist fahrlässig, wenn die Landesregierung nicht handelt.
2. Die Landesregierung muss die notwendigen Reformen anpacken: Norddeutsche Kooperation, kommunale Verwaltungsstrukturreform und das Drängen auf einen Altschuldentilgungsfonds dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Neue Ländervereinbarungen, wie ein Hochschullastenausgleich, müssen angepackt werden.
3. Schleswig-Holstein kommt in den nächsten Jahren um harte Einschnitte nicht herum. Kostenträchtige Wahlversprechen sind deshalb genauso illusorisch wie Steuersenkungsträumereien.
4. Gerade in schwierigen Zeiten muss Haushaltspolitik transparent gestaltet werden und darf nicht als „top secret“ eingestuft und alternativlos durchgezogen werden.
5. Bei aller Notwendigkeit einer soliden Haushaltspolitik muss es dennoch – mit Hilfe de Bundes - gelingen, in Bildung zu investieren, um die Zukunft unseres Landes zu sichern.
